

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pobn d



Inhalt

Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesbau-
minister, schildert Inve-
stitionshindernisse: Beson-
ders schöne Exemplare in
München und Kiel. Seite 1

Wolfgang Clement, Sprecher
des SPD-Vorstandes, kom-
mentiert das Ergebnis der
NATO-Tagung in Rom: Ein
markantes Zeichen. Seite 2

Freimut Duve MdB warnt da-
vor, die Polizei zur mili-
tärähnlichen aufzurüsten: Die
Hartgunni-Christen. Seite 3

Inge Wettig-Danielmeyer
MdL kritisiert den CDU-
Bundesfrauenkongress: Wahl-
freiheit für gutverdienen-
de Schichten. Seite 5

Dokumentation

Stellungnahme der Arbeits-
gruppe für das Post- und
Fernmeldewesen der SPD-Bun-
destagsfraktion zum CB-
Funk. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 85

6. Mai 1981

Besonders schöne Exemplare

Investitionshindernisse am Beispiel München und Kiel

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der "Abbau von Investitionshindernissen" ist ein fester Be-
standteil unseres politischen Vokabulars geworden, der sich
langsam verselbständigt und hinter dem sich bei manchen all-
erlei andere Ziele, mindestens aber sehr erwünschte Neben-
folgen, wie der Abbau von Bürgerbeteiligung, Einspruchsmög-
lichkeiten oder von Mieterschutz verbergen.

Zu den Investitionshindernissen, die "abgebaut" werden sol-
len, gehört nach Auffassung vieler Verfechter dieser Theorie
auch die aufgeblähte staatliche Bürokratie.

Besonders schöne Exemplare dieser aufgeblähten und wachsen-
den Bürokratie kann man in Kiel und München bewundern, am
Beispiel der dortigen Staatskanzleien. Dies ist deshalb be-
sonders interessant, weil die politisch Verantwortlichen für
diese Staatskanzleien, die Ministerpräsidenten, besonders
eifrige Fechter der Investitionshindernis-Theorie sind. Die
Kieler Staatskanzlei zum Beispiel hat ihre Stellenzahl von
1969 bis 1979 um fast 50 Prozent, von 68 auf 97 vermehrt.
Die Bayern kamen 1969 noch mit 166 Stellen aus; heute ver-
fügt die bayerische Staatskanzlei über 583 Stellen, zusätz-
lich 34 Arbeiter. Dies ist schon ein tolles Wachstum. Die
Anzahl der leitenden Regierungsdirektoren und Ministerial-
räte, die dem bayerischen Ministerpräsidenten zuarbeiten,
hat sich von neun im Jahre 1969 auf 42 im Jahre 1980 er-
höht, die Zahl seiner Ministerialdirigenten von vier auf
elf.

Nun ist in die Forderung nach Abbau von Investitionshinder-
nissen keineswegs die Forderung nach Personalabbau in den
Staatskanzleien und nach einer Änderung des Dienstrechtes
einbegriffen. Dies liegt wahrscheinlich daran, daß die vie-
len Mitarbeiter dieser Staatskanzleien ständig durchs Land
reisen, um neue Investitionshemmnisse zu suchen. Sie tun
dies wahrscheinlich jeweils nur im eigenen Bundesland. Denn
es wäre nicht auszudenken was passiert, wenn die Investi-
tionshindernissucher aus München die aus Kiel plötzlich
irgendwo auf einer Autobahnraststätte zwischen Garmisch und
Flensburg treffen und sie sich gegenseitig als Investitions-
hindernis identifizieren.

(-/6.5.1981/ks/ca)

Printed in Germany
with special printing
techniques



Ein markantes Zeichen

NATO setzte in Rom einen ersten Verhandlungsrahmen

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Tagung der NATO-Außenminister in Rom hat ein markantes Zeichen gesetzt. Es verdient, begrüßt und festgehalten zu werden. Denn erstmals ist jetzt nicht nur der "Doppelbeschluss" des Bündnisses in seinen beiden Teilen - Nachrüstungen bei gleichzeitiger Verhandlungsbereitschaft - bestätigt worden, was schon mehrfach in bilateralen Papieren geschah, sondern es ist nunmehr auch der Verhandlungsteil konkretisiert worden: Außenminister Haig hat für die Vereinigten Staaten im Abschlusskommuniqué verbindlich erklärt, daß noch vor Ende dieses Jahres im SALT-Rahmen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Problematik der Mittelstreckenraketen aufgenommen werden sollen, wozu er selbst im Monat September den Kontakt mit seinem Amtskollegen Gromyko herstellen will.

Allen Zweifeln zum Trotz, die durch ein gelegentliches Zickzack der amerikanischen Außenpolitik in den ersten 100 Tagen der neuen Administration begründet sein mögen, kann man danach davon ausgehen, daß es jetzt einen ersten Rahmen für Rüstungskontrollverhandlungen (und nicht nur schlichte Gespräche) gibt. Die Sowjets dürfen sich also bei ihrem Wort genommen fühlen, nämlich: Daß sie jederzeit zu solchen Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit seien.

Es wäre sicher zu viel des Guten, wenn man das Treffen von Rom wie einen Durchbruch bejubeln wollte. Aber es übermittelt die Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs auch auf der Schiene der Supermächte. Das ist nach den vielen Befürchtungen der letzten Monate, zu denen Anlaß bestand, schon eine ganze Menge. Und es enthält für Europa die Chance, die weiterhin vorgesehene oder (auf sowjetischer Seite) bereits vorgenommene Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen auf ein möglichst niedriges Niveau, wenn nicht noch auf Null zu bringen, wenngleich diese Hoffnung aus heutiger Sicht reichlich optimistisch erscheinen mag.

Man geht aber wohl nicht zu weit, wenn man feststellt, daß namentlich das Drängen der Bundesregierung und ihrer westeuropäischen Partner die amerikanische Verhandlungsbereitschaft entschieden gefördert hat. Auch die öffentlichen Diskussionen in unserem und in anderen Ländern dürften ihren Wert gehabt haben. Aber dabei muß jeder, den die Sorge vor einer neuen Rüstungsrunde untreibt, auch sehen: Ohne die Klammer des NATO-Doppelbeschlusses, der Ost und West vor die Wahl stellt, entweder weitere Rüstungsmilliarden gegeneinander zu verpulvern oder sich auf einer gemeinsamen Ebene der sicherheitspolitischen Vernunft zu finden, gäbe es heute eine solche Verhandlungschance nicht.

Sie muß nun allerdings unbeirrt genutzt und, wo es Not tut, weiterhin mit allem Nachdruck gefördert werden. Denn: Allzu viel Zeit gibt das Kalendarium der nächsten Rüstungsschritte der Vernunft nicht, es sind schon genügend kostbare Monate verplempert worden.

(-/6.5.1981/ka/ca)

+ + +



Die Hartgummi-Christen

Wer die Polizei zur Militärmacht aufrüstet, verspielt den Anspruch auf das Gewaltmonopol

Von Freimut Duve MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Brokdorf, Februar 1981. Ich spreche als Bundestagsabgeordneter mit Polizisten, dort eingesetzt während der Großdemonstration. Sie sind seit einigen Tagen da. Es ist kalt, und sie ärgern sich über das Wochenende in schlechten Notquartieren. Ich zeige meinen Ausweis. Der Polizist akzeptiert sofort, daß ich dort bin. Es sei gut, wenn Abgeordnete sich direkt hier informieren. Ihn stört meine selbstgewählte Kontrolle nicht. Andere mögen sich geärgert haben. Aber daß staatlicher Gewalteinsatz kontrolliert werden muß, daß er unter den Augen der Öffentlichkeit arbeiten muß, das war ihm bewußt; er hat es akzeptiert.

Ich spreche mit einem Demonstranten. Er erkennt die staatliche Übermacht (10.500 Polizisten) nicht an. Für ihn herrscht hier "Waffenungleichheit".

Es gibt gewiß viele Polizisten, die die öffentliche Kontrolle nicht, und viele Demonstranten, die das Gewaltmonopol sehr anerkennen. Aber etwas ist schief gegangen mit der schönen verfassungsgemäßen Regelung: Der Staat hat das Gewaltmonopol, und die Bürger müssen dieses Gewaltmonopol ständig kontrollieren (über Gerichte, Presse und Parlament). Polizisten schlagen Kameraleuten die Kamera aus der Hand. Polizisten decken sich gegenseitig vor Gericht. Sie wollen nicht kontrolliert sein.

Umgekehrt empfinden Demonstranten oft schon die bloße Gegenwart von Polizisten als "Provokation", als Anlaß zum Zorn. Im jahrelangen Wechselspiel zwischen Staatsmißtrauen und Demonstrantenzorn (ich selbst habe mich manches Mal über Polizei-Hubschrauber geärgert, die unsere Kundgebungsreden durch Tiefflug unhörbar gemacht haben) haben sich Grundprinzipien unserer Demokratie auf beiden Seiten abgeschliffen, die dringend wieder akzeptiert werden müssen. Polizeigewerkschaftler, sozialdemokratische und liberale Politiker bemühen sich darum, daß Staatsgewalt auch wirklich so verhältnismäßig eingesetzt wird, wie es ein Gewaltmonopol im demokratischen Staat fordert.

Anders die Rechte im Lande. Wie gegen die Russen Auf-, Um- und Nachrüstung, so fordert sie gegen die Demonstranten Ausrüstung. Mehr Waffen für die Polizei: Schilde, Helme, Stöcke und nun auch noch steinharte Gummigeschosse. Gewerkschaftsführer der Polizei warnen, sozialdemokratische und liberale Politiker warnen - aber die Hartstaat-Christen wollen ihr Hartgummi. Frieden nach innen? Nein, die Tandlers in der Bundesrepublik wollen die innere Aufrüstung.



Ist das alles neu? War das immer so? Ich habe in den letzten Wochen gemerkt, wie lächerlich veraltet vielen Jugendlichen das Wort "Gewaltmonopol" klingt. Sie kennen seine Geschichte nicht, sie halten dies für einen miesen Sprachtrick, mit dem der "Bulle" sich rechtfertigt. Aber ist nicht vor der Aufklärung, vor den Verfassungsstaaten, alle Gewalt ausgegangen vom absoluten Herrscher, geht nicht alle Gewalt im faschistischen Staat vom Diktator, von der Mörderbande aus?

Meine These ist, daß der Staat selbst mitverantwortlich ist für das Desinteresse am Gewaltmonopol, für die Vorstellung vieler Jugendlicher, staatliche Gewalt sei in jedem Fall repressive Gewalt. Ich kann nur Vermutungen vorbringen und hätte sie gerne diskutiert:

1. Politiker, die auf jede Zunahme von Gewaltbereitschaft mit der Forderung nach mehr Waffen reagieren, befördern eine Diskussion über "Waffengleichheit", also über Militärisches, nicht über die Legitimität des Monopols. Je stärker polizeitechnisch reagiert wird, umso mehr Menschen empfinden die Front zwischen den Polizisten und den Bürgern als Kriegsfront.
2. Die Politiker neigen dazu, die Polizei zu heroisieren. Die Polizei braucht kein Mitleid, sondern eine öffentliche Diskussion über das Gewaltmonopol und seine Kontrolle. Nicht Mitleid mit den Polizisten, sondern Anerkennung ihrer Rolle, aber auch Anerkennung der unerbittlichen Kontrolle.
3. Wo die Verwaltung zunehmend versucht, sich trickreich gegen die Mitwirkungsrechte der Bürger durchzusetzen, schwindet das Vertrauen der Polizisten in den Sinn ihrer Aufgaben. Mißtrauen in Verwaltung erzeugt Verfall des Anspruchs auf Gewaltmonopol.

Die Rückkehr zu erträglichen Verhältnissen gibt es nur, wenn all jene Demonstranten, die Angst um die Zukunft des Demonstrationsrechts haben, sich aktiv an Methoden, an der Garantie für friedliche, gewaltfreie Demonstrationen beteiligen. Je stärker nach Hartgummi und Waffen gerufen wird, umso schwerer wird es, gewaltbereite Gruppen von den Demonstrationen und gewaltfreien Aktionen fernzuhalten. Wo Staatsgewalt Mißbrauch betreibt, werden auch die friedlichen Demonstranten nicht bereit sein, sich aktiv von den Gewaltbereiten zu distanzieren. Wo Staatsgewalt aufrüsten soll, wo sie den Justizapparat zur Massenfestnahme mißbraucht, empfinden sich Jugendliche nicht mehr in einer Gesellschaft demokratisch kontrollierter Gewalt. Wer Polizei zur inneren Militärmacht aufrüsten will, verspielt den rechtmäßigen Anspruch auf das Gewaltmonopol.

(-/6.5.1981/ks/ca)

+ + +



Wahlfreiheit für gut verdienende Schichten

Bundeskongreß der CDU-Frauen im Zeichen der public-relations-Pflege

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Schon das Tagungsprogramm macht es deutlich: Hier gibt es keine großen politischen Auseinandersetzungen, kein Ringen um den richtigen Weg für die Zukunft, die CDU-Frauenvereinigung ordnet ihren Bundeskongreß ganz in die public-relations-Pflege ihrer Partei.

Der Hauptteil des Kongresses ist den Ansprachen des Parteivorsitzenden Kohl und des Ministerpräsidenten Albrecht vorbehalten, daneben treten weitere Ansprachen der CDU-Frauenprominenz.

Die bekannten Attacken gegen die Familienpolitik der Regierung können nicht verbergen, daß die Frauen der CDU ihrem traditionellen bürgerlichen Frauenbild verhaftet bleiben. Die propagierte Wahlfreiheit zwischen Beruf oder Ehe und Familie oder gegebenenfalls auch für beides macht deutlich: Dies ist eine Wahlfreiheit für gut verdienende Schichten, Schichten, denen es nicht schwer fällt, privat die Berufstätigkeit der Mutter durch Kinderfrau, hervorragende Kindergärten und Schulen zu bezahlen.

Die Durchschnittsfrau wird auf den Haushalt verwiesen. Bei aller propagierten Wahlfreiheit gibt es auch kaum einen Vorschlag, der ernsthaft das Rollenverhältnis des Mannes in Frage stellt. Er darf sich der Familie wie eh und je ohne schlechtes Gewissen entziehen. Die Frau wird sich mit ihren hergebrachten Pflichten und mit ihren neuen Emanzipationswünschen schon arrangieren. Als Trostpflaster für die, die beides nicht vereinbaren können, werden utopische Forderungen gestellt: Die CDU-Frauenvereinigung fordert wieder die Anrechnung von fünf Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, obwohl es die CDU war, die die Anrechnung eines Baby-Jahres zu Fall brachte. Sie fordert die Einführung eines Erziehungsgeldes für alle und kann dabei nur schlecht verbergen, daß es mindestens einem großen Teil der CDU-Arbeitsmarktpolitiker im wesentlichen darum geht, den Wunsch der Frauen nach eigener Berufstätigkeit abzulenken mit Forderungen, die nicht erfüllbar sind, es sei denn, um den Preis drastischer Steuererhöhungen. Wie eine Verhöhnung Tausender arbeitsloser Frauen klingt die Forderung nach größerer Bereitschaft der Frauen zur Teilzeitarbeit, insbesondere wenn diese Forderung von einer amtierenden Wirtschaftsministerin erhoben wird. Man könnte den Eindruck gewinnen, die CDU-Frauen befaßten sich nicht im mindesten mit den Realitäten des Arbeitsmarktes: Seit



Jahren ist die Arbeitslosenquote der teilzeitbeschäftigten Frauen mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote der vollzeitbeschäftigten Frauen (zum Beispiel 1979: 10,8 Prozent im Verhältnis zu 4,4 Prozent), fast die Hälfte der berufstätigen Frauen in Vollzeitarbeit wünscht eine Teilzeitbeschäftigung, ohne sie zu finden und drei Viertel der nichterwerbstätigen Frauen, die einen Arbeitsplatz suchen, streben eine Teilzeitbeschäftigung an.

An der Bereitschaft zur Teilzeitarbeit fehlt es nicht; obwohl in der Regel als Teilzeitarbeitsplätze nur wenig qualifizierte und labile Arbeitsplätze angeboten werden.

Die Frage danach, ob dieser Wunsch nach Teilzeitarbeit nicht eher deutlich macht, daß die normalen Arbeitszeiten für Männer und Frauen extrem familienfeindlich sind und geändert werden müßten, stellen sich die CDU-Frauen nicht. Das große Lösungsangebot ist die Forderung nach Job-Sharing. Beim Job-Sharing teilen sich zwei oder mehr Arbeitnehmer einen Vollzeit-Arbeitsplatz und müssen auch bei Krankheit oder Urlaub gegenseitig vertreten. Diese Form der Teilzeitarbeit bietet nur für wenige herausgehobene Berufe eine befriedigende Chance zur Teilzeitarbeit, im Übrigen wälzt sie die sozialen Risiken der Arbeit voll vom Arbeitgeber auf die Arbeitnehmerinnen ab.

Wenn sich Helga Wex, die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, gegen die "egoistische Selbstenthaltung" von Frauen wendet und "Partnerschaft statt Klassenkampf" fordert, dann wird deutlich, wie sehr sich die CDU-Frauen bei aller fortschrittlichen Attitude mit dem hergebrachten Rollenverständnis bescheiden. Wo ist die Attacke gegen die egoistische Selbstentfaltung der Männer?

Zu seinem Festvortrag am 1. Mai forderte der Schweizer Publizist Pestalozzi von den CDU-Frauen: Wir müßten bereit sein, bestehende Machtstrukturen aller Art in Frage zu stellen; wir müßten bereit sein, Konflikte auszutragen statt sie zu verdrängen, wir müßten die Angst vor den Neuen überwinden.

Die CDU-Frauen hörten die Botschaft, aber sie fiel nicht auf fruchtbaren Boden. Der Vortrag blieb pseudo-fortschrittliche Dekoration eines biedereren Kongresses, der die Herausforderungen der neuen Frauengeneration nicht wahrnehmen wollte.

(-/6.5.1981/bgy/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Angesichts der Tatsache, daß es in der Bundesrepublik Deutschland mindestens zwei Millionen CB-Funker gibt, hat die Arbeitsgruppe für das Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion folgende Ausarbeitung über diesen Problembereich erstellt.

I. Was ist CB-Funk?

Der CB-Funk ist ein mobiler Nahbereichsfunk, das heißt, man kann über kurze Entfernungen mit CB-Funkgeräten zwischen beweglichen und ortsfesten sowie zwischen beweglichen Funkstellen drahtlos sprechen. Die Abkürzung "CB" bedeutet "citizen band". Der Einfachheit halber wurde sie ins Deutsche übernommen.

Der CB-Funk eignet sich dazu, drahtlos über kurze Entfernungen Nachrichten auszutauschen. Er hat sich bei der Freizeitgestaltung, beim Sport, Spiel, Wandern oder auch nur zur Unterhaltung bewährt, wenn die Ansprüche nicht zu hoch gestellt sind.

Bei den vielfältigen Wünschen und Forderungen muß deshalb beachtet werden:

- o Alle Entscheidungen haben sich an der Tatsache zu orientieren, daß der CB-Funk ein privater mobiler Nahbereichs-Funk ist, der weder als kommerzieller Funkdienst, noch als Funkdienst für den Weitverkehr konzipiert ist.
- o Bei allen Bemühungen, bessere Bedingungen für den CB-Funk zu schaffen, müssen die Belange aller Funkdienste, insbesondere die der Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer und der Betreiber anderer Geräte der Unterhaltungselektronik berücksichtigt werden.
- o Im Interesse der CB-Funker selbst ist darauf zu achten, daß der Wunsch einer Minderheit, (unerlaubterweise) Funkverkehr von Feststation zu Feststation zu betreiben, das Bedürfnis der großen Mehrheit der CB-Funker, mobile Geräte einzusetzen, nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt.
- o Im Fernmeldebereich ist es von besonderer Notwendigkeit, möglichst weltweit, auf jeden Fall aber in Europa, gleiche Standards zu vereinbaren oder beizubehalten. Internationale Vereinbarungen müssen daher eingehalten werden. Die von der Deutschen Bundespost erlassenen Technischen Vorschriften und Bestimmungen zum CB-Funk entsprechen der gemeinsamen Empfehlung der westeuropäischen Fernmeldeverwaltungen: CEPT-Empfehlung T/R 19. Diese sieht unter anderem vor:
 - Allgemeine gebührenfreie Genehmigung für bewegliche Geräte;
 - gebührenpflichtige Einzelgenehmigungen für Feststationen;
 - 0,5 Watt Sendeleistung; verschiedene Modulationsarten; keine Richtantennen; 12 gegebenenfalls 22 Kanäle.

II. Technische Grenzen beim CB-Funk

Das von den CB-Funkern genutzte Frequenzband, in dessen Grenzen von 26.960 bis 27.280 kHz weltweit bevorrechtigt Hochfrequenzgeräte für industrielle, wissenschaftliche und medizinische Zwecke betrieben werden, bietet keine günstigen Möglichkeiten, die Bedingungen für den CB-Funk zu verbessern. Die Ursachen dafür liegen vor allem

- o in der begrenzten Anzahl der verfügbaren Kanäle; auch andere Bedarfsträger zum Beispiel die Militär- und Rettungsdienste müssen im 27 MHz-Bereich bedient werden;
- o im mangelnden Schutz vor Störungen durch die industriellen, wissenschaftlichen und medizinischen Geräte, die auf gleicher Frequenz betrieben werden;
- o in den zahlreichen Störungen, die zum Beispiel bei Fernseh-, Rundfunkempfängern und anderen elektronischen Geräten durch CB-Funker verursacht werden.

Günstigere Voraussetzungen für den CB-Funk werden durch die zu überprüfende Überführung in den geeigneteren 900-MHz-Bereich geschaffen: Die weltweite Funkverwaltungs-Konferenz in Genf hat 1979 auf maßgebliches Betreiben der Deutschen Bundespost unter anderem als Ergebnis die Öffnung des Bereiches 862 bis 960 MHz für die beweglichen Funkdienste ge-

bracht. Dadurch sind erhebliche Verbesserungen für den CB-Funk möglich. Diese internationalen Bestrebungen werden jedoch erst langfristig zu verwirklichen sein.

III. Verbesserungen und Erleichterungen im CB-Funk

Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten haben die Koalitionsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung Erleichterungen oder Verbesserungen für den CB-Funk eingeführt oder vorbereitet:

- o CB-Funkern werden zehn zusätzliche Kanäle, zusammen jetzt also 22 Kanäle, zur Verfügung gestellt. Damit wird der Wunsch der CB-Funker weitgehend abgedeckt. Eine noch höhere Kanalzahl läßt sich in dem jetzigen Frequenzbereich nicht verwirklichen.
- o Auf die Einführung einer Pilottonsperre wird verzichtet.
- o Neue CB-Funkgeräte sollen nur noch mit Frequenzmodulation (FM) zugelassen werden. Auf diese Weise werden die von den Geräten verursachten Störungen verringert. Warentest bestätigen auch bei dieser Modulation und einer Begrenzung auf 0,5 Watt eine ausreichende Leistung.
- o Die monatliche Gebühr für neue ortsfeste Stationen wird in Zukunft nur noch zehn DM betragen. Grund: Die neuen FM-Geräte verursachen weniger Störungen, so daß der entsprechende Störungsdienst der Deutschen Bundespost weniger kostenaufwendig wird.

IV. Forderungen der CDU/CSU

Aus durchsichtigen politischen Gründen hat die CDU/CSU Forderungen, die insbesondere von CB-Funkvereinen gestellt werden, aufgegriffen. Sie zielen in der Tendenz überwiegend darauf ab, den CB-Funk zu einem amateurfunkähnlichen Weitverkehr umzufunktionieren. Die Koalitionsfraktionen haben einen entsprechenden Oppositionsantrag abgelehnt, weil der private CB-Funk auch künftig als beweglicher Funkdienst auf den Nahbereich mit geringer Sendeleistung beschränkt bleiben soll.

Zu einzelnen Forderungen des CDU/CSU-Antrags:

o Fortfall der Auflage einer "Pilottonsperre" bei CB-Feststationen

Diese Forderung ist gegenstandslos, weil die Deutsche Bundespost die Einführung des Pilottonverfahrens zurückgestellt hat. (vgl. III).

o Aufhebung des Verbots für den CB-Funkverkehr zwischen Feststationen

Die Forderung widerspricht internationalen Abreden. Entsprechend der CEPT-Empfehlung hat die Post den CB-Funk als beweglichen Landfunkdienst eingerichtet. Fest/Fest-Verkehr bringt erfahrungsgemäß eine sehr viel stärkere Kanalbelegung (Dauer und Häufigkeit) mit sich als beweglicher Verkehr. Daher wurde bisher auf die Zulassung des Fest/Fest-Verkehrs verzichtet; er wurde allerdings auch nicht technisch behindert.

Nach Bereitstellung von 22 Kanälen im 27 MHz-Bereich und nach Einführung der Frequenzmodulation kann jetzt bei gleichbleibender Ausgangsleistung mit einem Rückgang der Störungshäufigkeit gerechnet werden. Um weitere Erfahrungen mit dem Fest/Fest-Verkehr sammeln zu können, sollte er bis auf weiteres möglich bleiben. Nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes (zum Beispiel zwei Jahre) wäre dann entweder über seine endgültige Zulassung oder über die Einführung technischer Ordnungsmaßnahmen zu entscheiden. Bis dahin ist auch erkennbar, ob zu diesem Zeitpunkt oder wann dafür der 900-MHz-Bereich zur Verfügung steht. Eine generelle Zulassung des sogenannten Fest/Fest-Verkehrs ist deshalb jetzt noch nicht zu befürworten.

o Anpassung der monatlichen Grundgebühr für Feststationen entsprechend der Leistung der Deutschen Bundespost

Diese Forderung hat sich erledigt. Die Deutsche Bundespost wird die Genehmigungsgebühr für frequenzmodulierte CB-Funkgeräte um ein Drittel auf monatlich zehn DM senken. Diese Senkung ist möglich, weil zu erwarten steht, daß der Aufwand der Deutschen Bundespost für die Beseitigung von Funkstörungen durch die Benutzung von frequenzmodulierten CB-Feststationen, die weniger Störungen verursachen als die bisher benutzten amplitudenmodulierten Geräte, gemindert wird (vgl. III).

o Erhöhung der Ausgangsleistung für 22-Kanalgeräte FM bis auf 2 Watt

Diese Forderung widerspricht internationalen Abreden. (CEPT-Empfehlung: 0,5 Watt). Eine Erhöhung der Sendeleistung der Geräte würde durch die größere Störreichweite tatsächlich keine Reichweitenverbesserung, jedoch verstärkte Störungen bei anderen elektronischen Geräten mit sich bringen.

o Zulassung von Richtantennen

Diese Forderung widerspricht internationalen Abreden. (CEPT-Empfehlung: Keine Zulassung von Richtantennen). Die Zulassung von Richtantennen würde sich wie eine Leistungserhöhung auswirken und zu vermehrten Störungen bei anderen CB-Benutzern sowie bei Geräten des Rundfunks und der Unterhaltungselektronik führen.

o Offenlegung der Frequenzverteilung im 27-MHz-Bereich

Diese Forderung ist gegenstandslos, weil die Frequenzverteilung im 27-MHz-Bereich im Rahmen der seit 1975 geltenden CB-Funkbestimmungen offengelegt und mit den CB-Funkbestimmungen im Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen bekanntgegeben worden ist. Von CB-Funkern begehrte weitere zusätzliche Kanäle liegen nicht im Verfügungsbereich der Deutschen Bundespost.

o Neugestaltung der Vorschriften über das Betreiben von Funkgeräten kleiner Leistung mit dem Ziel, eine Entkriminalisierung des CB-Funks zu erreichen und künftige Diskriminierung von CB-Funkern auszuschließen

Diese Forderung ist überflüssig, weil die CB-Funkregelungen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland mit der liberalsten Bestimmungen darstellen; Jedermann hat die Möglichkeit, CB-Funkgeräte beweglich im Rahmen einer Allgemeinen Genehmigung gebührenfrei oder stationär mit einer gebührenpflichtigen Einzelgenehmigung zu betreiben. Ihre Grenze findet diese Freizügigkeit naturgemäß dort, wo die Interessen anderer berührt werden, beispielsweise dann, wenn durch unzulässige CB-Geräte (Geräte mit unzulässigen Zusatzverstärkern, höheren Kanalzahlen, unzulässigen Modulationsarten et cetera) Störungen ausgelöst werden. Insofern erübrigen sich neue Vorschriften.

o Aufnahme von Verhandlungen mit CB-Funkverbänden über künftige Regeln im CB-Funkbereich

Die SPD-Bundestagsfraktion und auch die Bundesregierung waren bereits in der Vergangenheit jederzeit zu Gesprächen bereit. Die verschiedenen heute bekannten sogenannten "CB-Funk-Interessenvertretungen" sprechen jedoch nur für Bruchteile der Gesamtheit aller CB-Funker. Hinzu kommt, daß diese Zusammenschlüsse teilweise völlig unterschiedliche Auffassungen vertreten. Um künftig die Zusammenarbeit besser gestalten zu können, wäre es daher erforderlich, daß zumindest regional repräsentative, verhandlungsfähige Zusammenschlüsse von CB-Funkern vorhanden wären.

V. Mehr durch Amateurfunk

Die Möglichkeiten des CB-Funks sind begrenzt. Wünsche nach höherer Sendeleistung, nach Funkweitverkehr und anderes mehr erfüllt der Amateurfunkdienst. Im Gegensatz zum CB-Funk kann der Amateurfunk aufgrund internationaler Vereinbarungen in zahlreichen Frequenzbändern abgewickelt werden. Funkamateure können so mit den verschiedensten Sendee- und Betriebsarten (Morsetelegrafie, Sprechfunk et cetera) miteinander in aller Welt in Kontakt treten. Auch aus Fahrzeugen heraus kann dank eines sehr gut ausgebauten Relaisfunkstellennetzes im UKW-Bereich in der Bundesrepublik und in West-Berlin Funkverbindung über große Entfernungen aufgenommen werden.

Um möglichst allen Interessierten den Weg zum Amateurfunk und damit die Möglichkeit zum festen Funkkontakt auch über weite Entfernungen zu eröffnen, sind die fachlichen Prüfungen zur Zulassung zum Amateurfunk gerade in jüngster Zeit im Rahmen des Vertretbaren erheblich erleichtert worden. (-/ .5.1981/ks/ca)

+ + +

